

Bildungschancen

Wie stark hängt der Bildungsaufstieg von der sozialen Herkunft ab? Antworten auf diese Frage gibt die Bezirksverordnete Mahi Christians-Roshani auf [Seite 3](#)



Ist das Politische privat?

Diese Frage stellt unser Bezirksverordneter Jochen Biedermann im Zusammenhang mit der Debatte um Transparenz bei Nebeneinkünften im Bezirksamt Neukölln. [Seite 7](#)



Homoehe

Unsere Abgeordnete Anja Kofbinger kommentiert die verfassungswidrige Politik der Bundesregierung im Bereich Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften. [Seite 5](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 176, Ausgabe I / 2013

Deutschland schottet sich ab



Nicht erst seit der Rad-Skater-LKW-Demo am 27. Juli 2011 gibt es breiten Widerstand gegen die geplante A100. Foto: Trommer

„Nun wächst zusammen, was zusammengehört“. Dieser Satz von Willy Brandt galt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht nur für Berlin und Deutschland, sondern auch für das jahrzehntlang gespaltene Europa.

Schlechter als vor dem Ersten Weltkrieg

Mehr als 20 Jahre später müssen wir leider feststellen, dass im Schienenverkehr insbesondere zwischen Deutschland und Polen mehr getrennt als vereint wurde. Die beiden Länder sind heute schlechter verbunden als zu Zeiten des Kalten Krieges. 1972 gab es täglich 18 Zugpaare im Fernverkehr, heute nur noch sechs. Von den fünf grenzüberschreitenden Schienenstrecken wurde bisher nur die zwischen Berlin und Warschau ausgebaut, eine weitere Sanierung ist lediglich geplant. Und das angesichts des Missstands, dass die Verbindungen schlechter sind als vor dem Krieg – manche sogar schlechter als vor dem Ersten Weltkrieg.

Schuld daran ist nicht der Geldmangel, sondern der fehlende politische Wille. Deutschland, vom Rand der zweigeteilten Welt in die Mitte des vereinten Europas gerückt, braucht als Transitland den Blick über die Grenze, vor allem nach Polen, das Land mit dem stärksten Wachstum der EU.

Falsche Prioritäten gesetzt

Doch statt das Zusammenwachsen zu fördern, will die Bundesregierung mit 500 Mio. Euro aus ihrem Etat einen drei Kilometer langen Stadtautobahn-Abschnitt in Berlin finanzieren,

der mit 150 Mio. Euro pro Kilometer die teuerste Autobahn der Bundesrepublik wäre. Und diese Summe dürfte sich nach den Berliner Erfahrungen locker verdoppeln. Wenn die Stadt sie bezahlen müsste – so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit – würde sie nicht gebaut.

Das umstrittene Projekt der A 100 zeigt deutlich, dass im Bundesverkehrsministerium offensichtlich genug Geld vorhanden wäre, um die durch den Eisernen Vorhang unterbrochenen Bahnstrecken nach Polen zu ertüchtigen. Die Bundesregierung setzt aber die falschen Prioritäten!

Abgekoppelt von den polnischen Nachbar_innen...

In den 1930er Jahren benötigte der „Fliegende Schlesier“ für die 320 km von Berlin nach Breslau etwa zweieinhalb Stunden. Heute brauchen die Züge doppelt so lange. Während Polen den Abschnitt von Breslau bis zur Grenze schon ertüchtigt und elektrifiziert hat, fehlt in Deutschland ein 50 km langer Fahrdrat, weshalb ein zweifacher Lokwechsel nötig ist. In Cottbus von einer Elektro- auf eine Diesellok und an der Grenze zurück auf eine Elektrolok.

Ein weiteres Beispiel: Weil die Bundesregierung sich seit Jahrzehnten weigert, zwischen Angermünde und Szczecin die 30 km lange Elektrifizierungslücke zu schließen, muss auch dort auf eine Diesellok umgekuppelt werden. Zudem entpuppen sich die 18 km bis Passow als Schleichfahrt. Für die 150 km benötigt man heute knapp zwei Stunden – wie vor dem Ersten (!)

Weltkrieg. Deutschland als Ankündigungsweltmeister hat die für 2016 geplante Ertüchtigung vor kurzem erneut auf 2020 verschoben. Würde die Strecke Berlin-Stettin vollständig elektrifiziert und auf eine Geschwindigkeit von 160km/h ausgebaut, wären etwa 100 Mio. Euro nötig.

Für die Direkt-Verbindung von Berlin über Kietz-Küstrin/Kostrzyn nach Danzig hat die polnische Seite alle Vorkehrungen getroffen. Für den deutschen Streckenabschnitt müsste die laut Grundgesetz für den Fernverkehr zuständige Bundesregierung pro Jahr lediglich 650.000 Euro zur Verfügung stellen. Trotz ihres Verfassungsauftrags fühlt sich die Bundesregierung dafür nicht zuständig.

Die Ertüchtigung der Schienenstrecke über die Insel Usedom nach Swineoujscie würde knapp 100 Mio. Euro kosten. Sie zweigte einst von Ducherow ab und führte über die Karniner Brücke zu „Berlins Badewanne“. Nach Ertüchtigung der fehlenden 40 km würde die heutige Fahrzeit von vier auf zwei Stunden halbiert.

Im Jahr 2014 wird in Europa an den Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren erinnert. Und gerade wir Deutschen wissen, dass ohne die friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa und insbesondere den mutigen Widerstand der polnischen Gewerkschaft Solidarność die Mauer in Berlin und der Eisernen Vorhang in Europa nicht gefallen wären. Auch deshalb müssen die Schienenverbindungen nach Polen eine hohe Priorität bekommen.

Michael Cramer, MdEP

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Demeter und Feng Shui – Lebensmittelproduktion geht auch anders!

Am 3. September 2012 besuchten wir im Rahmen unserer Reihe Neuköllns schöne Seiten die Bio-Großbäckerei mit dem traditionell klingenden Namen Märkisches Landbrot.

Hier wird nach den biologisch-dynamischen Demeter-Richtlinien produziert, also nach besonders strengen Richtlinien für Bio-Lebensmittel. Denn ‚Bio‘ ist nicht gleich ‚Bio‘. So stellt das bekannte EU-Biosiegel wesentlich geringere Anforderungen an die Produktion von Lebensmitteln und erlaubt etwa die Fütterung der Nutztiere mit gentechnisch verändertem Futter und die Zugabe von rund 50 verschiedenen Zusatzstoffen, was nach Demeter-Richtlinien streng verboten ist.

Neben der Verwendung ökologisch erzeugter Rohstoffe ist auch die Vermeidung weiter Transportwege ein wichtiger Grundsatz bei der Produktion biologischer Lebensmittel. So auch bei Märkisches Landbrot: Das Unternehmen ist Mitglied im Netzwerk Fair und regional Bio Berlin-Brandenburg und bezieht seine Rohstoffe soweit wie irgend möglich aus der Region.

Nachhaltigkeit geht vor Gewinnzielung und Wachstum

Erklärte Unternehmensziele sind der Verzicht auf Expansion und die Beschränkung des Zahlungsmittelüberschusses auf 15% zugunsten von Ökologie und Nachhaltigkeit. Die Eigenkapitalverzinsung gegenüber den Kapitalgebern ist auf maximal 10% beschränkt. Ein Vorzeigebispiel dafür, dass Existenz sicheres Wirtschaften auch ohne zwanghaftes Wachstumsbestreben möglich ist!

„Wind und Wasser“ im Werkshof

Nach der Einführung begann die Werksbegehung zunächst mit einem Gang über das Außengelände. Ungewöhnlich erschien bereits in einer eher verborgenen und wenig einsehbaren Ecke des Außenbereichs des Firmengeländes ein Brunnen, der – aus Natursteinen und bogenartig geformten Steinrinnen phantasievoll gestaltet – einen Wasserstrom kaskadenartig in ein Kiesbett leitet. Ein ungewöhnlicher, aber umso schönerer Anblick in der Industrie- und Gewerbelandschaft nahe des Autobahndreiecks Neukölln, die ansonsten eher nach funktionalen als nach ästhetischen Gesichtspunkten gestaltet ist.

Die Erklärung für die Platzierung dieses Brunnens an genau dieser Stelle wurde umgehend geliefert: Feng Shui (chin.: Wind und Wasser), die aus der traditionellen chinesischen Philosophie stammende Lehre zur Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen. Danach muss an dieser Stelle das Element Wasser vertreten sein, um positiv auf Harmonie und Gesundheit der Menschen im Gebäude zu wirken.

Der Drache über dem Backofen

Für die Backstubenbesichtigung wurde Hygiene-Schutzbekleidung angelegt. Die Produktion war noch im Gange und man konnte beobachten, wie Teig in großen Rührmaschinen gemischt, portioniert und in Formen verteilt wurde. Über einem Backofen wieder ein deutlicher Hinweis auf das allgegenwärtige Feng Shui: ein großes Gemälde mit einem Drachen als Symbol für das Element Feuer, das neben seiner zugeschriebenen positiven Auswirkung auf die Mitarbeiter_innen auch in optischer Hinsicht eine auflockernde Wirkung auf das ansonsten eher funktional-nüchterne Ambiente einer modernen Lebensmittelproduktionsstätte hat.

Auch das Soziale stimmt

À propos Wohlergehen der Mitarbeiter_innen: als Betriebsratsvorsitzende und Gewerkschafterin kam die Autorin diese Artikels natürlich nicht umhin, nach Entlohnung und betrieblicher Mitbestimmung zu fragen: selbstverständlich gibt es einen Betriebsrat und die gezahlten Gehälter haben eine Mindestuntergrenze von 10,50 €/h für ungelernete Kräfte – 2 € über dem von Gewerkschaften

geforderten gesetzlichen Mindestlohn. Bei Märkisches Landbrot stimmt also auch das Soziale, was leider nicht für alle ökologisch orientierten Vorzeigebetriebe gilt...

Zur Verkostung bleibt nur zu sagen: Die Autorin kauft seitdem besonders gerne Märkisches Landbrot – nicht nur, weil sie weiß, wo und wie es produziert wird, sondern auch, weil die Qualität mehr als überzeugt. Die Produktpalette variiert je nach Jahreszeit und Märkisches Landbrot wird in zahlreichen Berliner Verkaufsstellen angeboten.

Weitere Informationen zu diesem Neuköllner Vorzeigebetrieb: www.landbrot.de

Susanne Lippert-Gulich



Der Feng-Shui-Brunnen vor der Bäckerei sorgt für Harmonie und Gesundheit der Mitarbeiter. Foto: Susanne Lippert



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung

stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

Starkes Vorbild für starke Frauen

Viele Menschen verbinden mit dem Namen Hatun Sürücü in erster Linie die Begriffe ‚Ehrenmord‘ und ‚Zwangshe‘. So richtig dieser Zusammenhang ist, so gerät dabei doch häufig die Person selbst in den Hintergrund: Hatun Sürücü war eine starke Frau, die sich aus eigener Kraft aus einer Zwangshe befreite und danach ein selbst bestimmtes Leben in Berlin führte. Sie übernahm als Alleinerziehende die Verantwortung für ihren Sohn und begann nach dem Schulabschluss selbstbewusst die Ausbildung in einem ‚Männerberuf‘ als Elektroinstallateurin. Kurz vor dem Abschluss ihrer Gesellenprüfung wurde die junge Mutter im Alter von 23 Jahren am 7. Februar 2005 ermordet. Als Täter wurden drei ihrer Brüder angeklagt, die mit ihrer selbst bestimmten Lebensführung nicht einverstanden waren und von denen einer später die Tat gestand. Dieser Mord löste nicht nur in Berlin eine heftige Debatte über das Thema ‚Ehrenmorde‘ sowie viele Mahnwachen und Demonstrationen aus. Auch am Internationalen Frauentag am 8. März 2005 wurde in vielen Städten gegen die Ermordung Sürücüs und so genannte Ehrenmorde protestiert.

Ende vergangenen Jahres lobte die Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit dem Grünen Landesverband erstmals den Hatun-Sürücü-Preis aus. Initiiert wurde dies von unseren beiden Neuköllner Abgeordneten Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld. Mit dem Preis werden weibliche Persönlichkeiten

ausgezeichnet, die in vorbildhafter Weise ihren Weg gehen und sich dabei nicht von starren Rollenbildern, Vorurteilen oder kulturellen Klischees aufhalten lassen. Unter den vielen Bewerbungen von Projekten, Organisationen und Einzelpersonen wurden drei Preisträgerinnen ausgewählt, die sich besonders dafür einsetzen, Mädchen und junge Frauen in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen. Die Preisverleihung erfolgte anlässlich des achten Todestages Hatun Sürücüs am 7. Februar 2013. Über 100 Gäste kamen im Festsaal des Abgeordnetenhauses zusammen, durch den Abend führten Anja Kofbinger, Susanna Kahlefeld und unser Landesvorsitzender Daniel Wesener.

Der erste Preis ging an die Frauen- und Mädchenabteilung von Türkiyemspor Berlin (<https://sites.google.com/site/tuerkiyemsporfemale/Home>) für deren ausgezeichnete Arbeit im Bereich der Mädchenförderung. Nicht nur ihre Mädchenfußballmannschaften erzielen regelmäßig sehr gute Ergebnisse, auch in vielen weiteren Bereichen setzen sie sich für die Förderung der Rechte von Mädchen und Frauen ein. Der abw Frauenladen aus Char-

lottenburg (www.abw-berlin.de/Angebote/Frauenladen) wurde für den großartigen Einsatz seiner Mitarbeiterinnen, die Frauen beim Erreichen des Hauptabschlusses sowie



Die stolzen Gewinner_innen des ersten Preises: die Frauen- und Mädchenabteilung von Türkiyemspor Berlin mit den beiden Neuköllner Abgeordneten Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld - Foto: Anne Geib

der Lösung von Alltagsproblemen helfen, mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. Und last but not least erhielt den dritten Preis der Neuköllner Mädchentreff MaDonna (www.madonnaedchenpower.de). Er bietet neben der wichtigen Unterstützung bei Hausaufgaben und Berufsorientierung auch viele Freizeitangebote und ist für viele Mädchen aus dem Kiez in Problemsituationen eine sichere Anlaufstelle. Wir gratulieren allen Preisträger_innen ganz herzlich und wünschen weiterhin viel Erfolg für die gute und wichtige Arbeit, die sie leisten!

Neben diese dreien wurden noch weitere ebenfalls sehr gute Projekte vorgeschlagen, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Aus lokalpatriotischen Gründen in der Aufzählung an erster Stelle: der Mädchentreff Schilleria im Schillerkiez (www.schilleria.de), der seit 10 Jahren wichtige Arbeit für die Stärkung, Selbst- und Mitbestimmung von Mädchen und jungen Frauen leistet, z.B. durch Hilfe bei Hausaufgaben und Bewerbungen, vielseitige Freizeitangebote und Trainings gegen rassistische Diskriminierung.

Wildwasser e.V. Berlin (www.wildwasser-berlin.de) gemeinsam mit seiner nicaraguanischen Schwesterinstitution Aguas Bravas: Beide Einrichtungen engagieren sich gegen den sexuellen Missbrauch von Frauen und Mädchen und bieten Betroffenen vielfältige Unterstützung.

Terre des femmes (www.terre-des-femmes.de) mit dem Projekt „Zeig uns deine Superheldin“: Der Verein tritt seit 1981 für die Rechte von Frauen und Mädchen ein und bewegt mit diesem Projekt Jugendliche und Lehrkräfte, sich mit dem Thema Zwangsheirat auseinander zu setzen, u.a. online unter www.zwangsheirat.de und mit kostenlosen Unterrichts-

materialien.

Das Outreach-Mädchensportprojekt „Mädchen am Ball“ (www.outreach-berlin.de): Durch dieses Projekt wurden seit 2011 an vielen Schulen Mädchenfußballgruppen gegründet und somit Räume für Mädchen geschaffen, in denen sie sich unter Anleitung professioneller Trainerinnen dem Fußballsport widmen können.

Und schließlich Serap Çileli, die sich seit Jahren sehr engagiert für Frauen und Männer einsetzt, die an den Folgen von Demütigungen, Gewalt und Zwangsverheiratung leiden.

Gespendet wurden die Preisgelder von Illona Paschke-Yuvanc, Anja E. Kofbinger und Mahi Christians-Roshanai – herzlichen Dank hierfür! Und auch für den zweiten Hatun-Sürücü-Preis im kommenden Jahr haben sich bereits einige Spender_innen gefunden: Renate Künast, Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion, Turgut Altug, Mitglied der Grünen Abgeordnetenhausfraktion, Bernd Szczepanski, Grüner Sozialstadtrat in Neukölln, Aferdita Suka, Bezirksverordnete in Tempelhof-Schöneberg, sowie Prof. Dr. Monika Huesmann von der Hochschule für Wirtschaft und Recht erklärten sich noch am selben Abend bereit, nächstes Jahr ein Preisgeld zu spenden – auch dafür vielen Dank! Wer den Preis und den damit verbundenen Gedanken ebenfalls unterstützen möchte, kann sich direkt an Anja Kofbinger oder Susanna Kahlefeld wenden.

Annette Heppel

Jugendhilfe nach Kassenlage?

Bürgermeister Buschkowsky wird nicht müde, überall zu erklären, dass die Förderung der Kinder und Jugendlichen und ihre Bildung von entscheidender Bedeutung sind. Er fordert, dass der Staat dies auch gegen die Eltern durchzusetzen soll, wenn diese die Förderung ihrer Kinder nicht ausreichend unterstützen.

Was wird in Neukölln getan, um diese Forderungen umzusetzen?

Die regionalen sozialen Dienste, die den Kinderschutz gewährleisten sollen, leiden unter massiven Personalproblemen. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Neukölln müssen sehr viel mehr Fälle bearbeiten als Fachleute empfehlen und in anderen Jugendämtern üblich ist.

Auch im Nachgang zu dem tragischen Todesfall eines sieben Monate alten kleinen Mädchens ist die Reaktion des Bezirksamtes lediglich ein erneuter Prüfkatalog zu Einsparungsmöglichkeiten bei den Hilfen zur Erziehung. Die Forderung der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, als Sofortmaßnahme die Sozialarbeiter_innenstellen, die mit dem Haushalt zwar beschlossen, aber inzwischen wieder weggespart worden sind, jetzt zügig zu besetzen, wurde abgelehnt. Hier spart der Bezirk auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und er spart am Wohl der Neuköllner Kinder.

Präventive Projekte werden nicht etwa ausgebaut, sondern stehen

allesamt unter schärfstem Kostenvorbehalt, und die ersten wurden auch schon in diesem Jahr eingespart.

Neukölln weiter unter dem Durchschnitt!

In den Jugendfreizeiteinrichtungen werden Personal- und Honorarmittel gekürzt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Ruhestand gehen, werden gar nicht oder erst nach mehreren Monaten ersetzt. Damit wird das Angebot gerade für die Kinder und Jugendlichen eingeschränkt, die die Förderung am nötigsten hätten. Neukölln liegt bei den Angeboten in der Jugendförderung bereits weit unter dem Berliner Durchschnitt.

Die Realität straft den Bürgermeister Lügen! Das Gerede über die Förderung aller Kinder und Jugendlichen bleibt eine Sprechblase.

Gibt es keine andere Möglichkeit?

Verhindert der Senat, dass Neukölln Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellt? Nein! Neukölln ist einer der wenigen Bezirke, die einstellen dürfen, weil die Personaleinsparung des Bürgermeisters dafür gesorgt hat, dass Neukölln inzwischen so wenig Personal hat, dass selbst der Finanzsenator eine weitere Reduzierung nicht mehr für sinnvoll hält. Trotzdem wird Neukölln auch in diesem Jahr sein Personal weiter reduzieren.

Fehlen die Mittel? Nein! Im Jahr 2011 hat Neukölln einen Haushaltsüberschuss von mehreren Millionen erwirtschaftet, obwohl

der Bürgermeister auch damals riesige Haushaltslücken an die Wand gemalt hat.

Kürzung an der Jugendarbeit zugunsten der Lieblingsprojekte des Bürgermeisters

Es werden notwendige Mittel für Personal und Maßnahmen weggespart, um dann aus den Haushaltsüberschüssen die Lieblingsprojekte des Bürgermeisters am beschlossenen Haushalt vorbei zusätzlich ausstatten zu können.

In Neukölln wird an den Schwächsten gespart, den Kindern und Jugendlichen.

In Neukölln wird damit aber auch an der Zukunft des Bezirkes gespart.

In Neukölln werden vom Bürgermeister zwar lautstark Probleme beklagt, aber er verhindert durch seine Sparwut, dass an ihrer Lösung gearbeitet werden kann.



Auch das Vorzeigeprojekt Manege auf dem Campus Rütli hat die Kürzungen im Jugendbereich bereits schmerzhaft zu spüren bekommen. - Foto: Susanne Lippert-Gulich

Nicht nur Sonntagsreden!

Das muss sich ändern! Der Schutz des Kindeswohls und die Förderung der Jugendlichen dürfen nicht nur Gegenstand von Sonntagsreden sein. Drastische Kürzungen bei Jugendhilfe und Jugendförderung können nicht länger hingenommen werden. Eine weitere Verdichtung der Arbeit kann den viel zu wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jugendamt nicht mehr zugemutet werden.

Wer den Schutz und die Förderung aller Kinder und Jugendlichen wirklich ernst meint, muss dafür auch die Mittel und das Personal bereitstellen. Wer dafür nichts ausgeben will, sollte dann aber auch zugeben, dass das Thema nicht wirklich Priorität in seinem Programm hat. Starke Worte allein helfen niemandem, wenn keine Taten folgen.

Gabriele Vonnekold



Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

Vi.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe: Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanai, Michael Cramer, Francisca Fackeldey, Annette Heppel, Manfred Herrmann, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Susanne Lippert-Gulich, Milena Oschmann, Lisa Paus, Gabriele Vonnekold, Bertil Wewer

Layout: Kalle Erlacher

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck: Henke Pressedruck

Vorstandssprecher_innen:
Francisca Fackeldey
francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze
andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Bildungsaufstieg ist immer noch eine Frage der sozialen Herkunft

In Neukölln leben (Stand Juni 2012) 315.652 Menschen, davon 123.017 Menschen mit Migrationshintergrund aus 147 Nationen, 60,5% davon leben in Nord-Neukölln.

2.654 neue Grundschüler_innen wurden nach den Sommerferien eingeschult, und 1.807 Oberschüler_innen besuchen ab dem Schuljahr 2012/13 weiterführende Neuköllner Schulen.

Anspruch und Wirklichkeit

Die in Berlin durchgeführte Schulreform brachte Veränderungen im Grundschulbereich wie auch im Oberschulbereich mit sich. Im Schulgesetz steht, dass die Schule eine angemessene Bildung und Erziehung zu leisten hat, die Schüler_innen unabhängig von ihren Lernaufgangslagen einen bestmöglichen Schulabschluss erlangen sollen und dass Schüler_innen „nicht deutscher Herkunftssprache“ und Schüler_innen deutscher Sprache gemeinsam unterrichtet werden sollen.

Es gibt Schüler_innen, deren Schullaufbahn ohne große Vorfälle ruhig verläuft. Es gibt aber auch den umgekehrten Fall, z.B. wenn die Unterstützung zuhause aus den unterschiedlichsten Gründen nicht erfolgen kann. Dennoch sind natürlich auch diese Eltern am Bildungsaufstieg ihrer Kinder interessiert. Oft wird vielen Eltern mit Migrationshintergrund Bildungsferne und Desinteresse an der Zukunft ihrer Kinder unterstellt. Viele Neuköllner Träger und Vereine leisten großartige Elternarbeit, um Eltern aufzufangen und zu ermutigen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Anerkennung der kulturellen Identität

In der Schule sind die Lehrer_innen die Ansprechpartner_innen für Schüler_innen unterschiedlichster Herkunft. Es kommt häufig vor, dass die Note im Unterrichtsfach ganz stark mit der Sympathie zur Lehrerin bzw. zum Lehrer verknüpft ist. Der Familienhintergrund sollte seitens der Schule nicht bewertet werden, weil das die Identifikation eines Kindes mit seiner kulturellen Herkunft stark in Frage stellen kann.

Mir fallen viele Beispiele dazu ein. Eines davon ist der Wunsch einer 10-jährigen Schülerin, das Kopftuch zu tragen, um der Mutter nachzueifern. Niemand kann sich der eigenen kulturellen Herkunft entziehen. Warum sollte das auch eine Voraussetzung für den Bildungsaufstieg sein? Anpassung, Assimilation, damit „man nicht auffällt“ und chancengleich behandelt wird?

In Neukölln lebt man wahrhaftig die Vielfalt. Kulturelle Vielfalt spiegelt sich in der hier angesiedelten Kulturlandschaft wieder und die Menschen erfreuen sich daran. Wer Veranstaltungen im Rahmen von „48 Stunden Neukölln“ besuchte, erlebte, wie Grenzen verschmelzen.

Jedoch sind Kultur und Schule zwei Bereiche. Die Grundschule liefert die Grundausrüstung für die Oberschule. Was in der Grundschulausbildung ein Lernstoff versäumt wurde, aufgrund von Unterrichtsausfall oder anderen Gründen, lässt sich

auch nicht durch Nachhilfe mal eben aufholen, ob es sich nun um Sprachfertigkeiten handelt oder um mathematische Grundfertigkeiten. Schließlich ist Sprachfertigkeit grundlegend für fast alle Schulfächer.

Ein_e Lehrer_in, die/der ihre/seine Schüler_innenschaft voll und ganz angenommen hat, trägt zu Selbstbewusstsein und Kritikfähigkeit derselben bei. Es geht um Anerkennung, aber diese sollte nicht einseitig sein. Auch Schüler_innen sollten ihre Lehrer_innen wertschätzen.

Die Gymnasialempfehlung

Einfluss auf die weiterführende Schule hat auch die Förderprognose. Allein der Wechsel von der Grundschule zur Oberschule ist für Grundschüler_innen eine große Veränderung. Viele Eltern wünschen sich, dass ihr Kind in der siebten Klasse das Gymnasium besucht. Es ist für Eltern zwar möglich, ihre Kinder auch ohne Gymnasialempfehlung auf dem Gymnasium anzumelden.

Allerdings muss in jedem Falle das Probejahr bestanden werden. Zwölf ereignisreiche Monate, viele Überraschungen bezüglich erster Noten, Tränen und dann Nachhilfe, um das Schlimmste zu verhindern.

An den Gymnasien sind die Rückläufer_innenzahlen hoch, da viele Kinder ohne Gymnasialempfehlung aufgenommen wurden. Es ist zu vermuten, dass viele von jenen, die das Probejahr nicht bestanden haben, einen Migrationshintergrund haben und vorhandene Sprachdefizite die größte Ursache gewesen sein können.

Mehr Lehrpersonal an den Schulen

Eine aktuelle Vergleichsstudie sagt aus, dass Berlins Grundschüler_innen des vierten Jahrgangs Schlusslicht bezüglich der sprachlichen und mathematischen Fertigkeiten sind. Diskutiert wird, dass es dringend einer besseren Ausstattung der Schulen bedarf, um den Ansprüchen gerecht zu werden. Forderungen wie kleinere Klassen, mehr Lehrer_innen und Sozialpädagogen_innen an Brennpunktschulen werden seit langem auf den verschiedenen politischen Ebenen diskutiert.

Man muss hierzu auch anmerken, dass Eltern von Grundschüler_innen überfordert sein können, wenn das Kind nach dem Ganztagsbetrieb ohne erledigte Hausaufgaben nach Hause kommt. Das sollte theoretisch im Rahmen der Ganztagsbetreuung geschehen. Es ist für Eltern und Schüler_innen gleichermaßen Stress, wenn am späten Abend noch Hausaufgaben erledigt werden müssen.

Die Integrierte Sekundarschule als Alternative zum Gymnasium

Auch für Sekundarschüler_innen gestaltet sich der Schulalltag nicht immer einfach. Seit dem Schuljahr 2011/12 gibt es die „Integrierte Sekundarschule“. Das ist ein Zusammenschluss von Haupt- und Realschule. Das Stigma der Hauptschule gibt es nicht mehr.

Theoretisch haben sich die Chancen potenzieller Hauptschüler_innen hierdurch verbessert. Sie haben an einer Integrierten Sekundarschule die Chance, die gymnasiale Empfehlung zu erhalten. Zuvor wurden Hauptschüler_innen in kleinen Klassen und sprachdifferenziert unterrichtet. Die Klassenfrequenz ist jetzt höher. Auch die Lehrer_innenschaft musste sich auf die neue Schüler_innenschaft einstellen. Neu ist auch, dass das Sitzenbleiben wegfällt. Was sich zunächst positiv anhört, kann durchaus problematisch werden, wenn schwächere Schüler_innen über einen längeren Zeitraum mitgezogen werden, so immer größere Lerndefizite entstehen und das

len. Neu ist auch, dass das Sitzenbleiben wegfällt. Was sich zunächst positiv anhört, kann durchaus problematisch werden, wenn schwächere Schüler_innen über einen längeren Zeitraum mitgezogen werden, so immer größere Lerndefizite entstehen und das

Erreichen der gymnasialen Oberstufe in weite Ferne rückt.

Folgen können häufige Störungen des Unterrichts und eine dauerhafte Beeinträchtigung des Klassenklimas sein.

Die Suche nach Identität in der Pubertät

Weiterhin kommt in der Oberstufe noch ein ganz anderer Faktor hinzu: Die Pubertät. Wer pubertierende Kinder hat und mit ihnen auch beruflich zu tun hat, weiß um die täglichen Achterbahnen. Von stürmischer Freude bis hin zur Untergangsstimmung, die Suche nach der eigenen Identität hat begonnen.

Wie fühlen sich dann Jugendliche, die in zwei Welten leben? Was empfinden sie, wenn sie feststellen, dass ihre Herkunftssprache kein soziales Prestige hat? Was, wenn sie sich dafür schämen, dass ihre Eltern weniger Bildungskapital haben, nicht effektiv bei den Hausaufgaben helfen können und der Kontakt zu den Lehrer_innen geringer ist, was meist als Desinteresse bewertet wird. Es wird gerne vergessen, dass Bildungskapital in den 50er und 60er Jahren bei der Anwerbung der Gastarbeiter_innen nicht gefragt war.

Selbstethnisierung als Folge fehlender Anerkennung

Es gibt viele Studien, die einen klaren Zusammenhang zwischen der Lernmotivation und der Herkunft dokumentieren. Statt eines Wir-Gefühls entsteht innere Isolation und ihre Herkunft wird von vielen Schüler_innen selbst nicht als positiv empfunden, was sich auch auf die Leistung in der Schule niederschlagen kann. Fehlende Motivation, familiäre Probleme, eine schwere finanzielle Lage der Familie, das allgemein fehlende Interesse an

der Schule, Verhaltensauffälligkeiten in der Schule sind nur einige von vielen Gründen, die zur Leistungsverminderung oder sogar zum Schulabbruch führen können. Sie suchen Identität in ihrer Herkunft und schotten sich in Gruppen ab. Nicht, dass pubertierende Mädchen pflegeleichter seien, aber wiederum andere Studien ergaben, dass Mädchen im Allgemeinen ein kooperativeres Verhältnis zu ihren Lehrer_innen haben. Diese Selbst-Ethnisierung ist eine Folge der fehlenden Anerkennung.

Möglichkeiten zum Gegensteuern

Es gibt kein Patentrezept, um Schulabbruch zu verhindern, aber es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, den Bildungsaufstieg von Schüler_innen, die strukturell benachteiligt sind, zu unterstützen. Dazu gehört auch die Öffnung von Schule und das Einstellen von Sozialpädagogen_innen in der Sekundarschule, damit die Schüler_innen frühzeitig aufgefangen werden und auch Lehrer_innen wie Eltern von den Angeboten profitieren. Die Unterrichtsgestaltung sowie die Lerninhalte sollten sich an den Lebensumständen der Schüler_innenschaft orientieren und nicht umgekehrt. Ziel sollte sein, keine_n zurückzulassen, um jede_n zu kämpfen, damit niemand die Schule ohne Schulabschluss verlässt.

Mahi Christians-Roshanai

SCHÜLERHILFE



MAJA

Seit 13 Jahren in Neukölln
Nachhilfe mit Erfolg
Mariendorfer Weg 1
12051 Berlin
Tel. 628 45 991

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...beste hausgemachte Blutwurst“
Anka, 32 Jahre

„Für mich ist Neukölln“ fragt
Bürgerinnen und Bürger aus
Neukölln nach ihrem Bild des
Bezirks.

Schein und Sein

Als im September 2012 ein frisch saniertes Wohnkomplex in der Harzer Straße eingeweiht wird, ist Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) voller Begeisterung. Ein gelungenes Beispiel seien die von einer katholischen Wohnungsgesellschaft aufgekauften, ehemals stark heruntergekommenen und nun sanierten Wohnungen, in denen vor allem Roma leben. So sieht Buschkowsky sich gerne: als Mann der Praxis, der weiß, wovon er spricht und vor Ort die Dinge anpackt. Der klare Kante zeigt, aber im Rahmen seiner Möglichkeiten Akzente für Bildung und Integration setzt.

Ein paar Straßen weiter ist vor kurzem ein weiterer Bauabschnitt des denkmalgerechten Umbaus des Neuköllner Rathauses fertig geworden. Der ehemals barrierefreie Eingang wurde im Rahmen des Umbaus mit Treppen versehen und eine Rampe angebaut. Auch im Rathaus wurde kräftig saniert: neuer Stuck an den Decken, modernste Technik für die Sitzungssäle. Ungefähr eine Million Euro lässt der Bezirk sich das kosten – pro Jahr.

Auf dem Rathausvorplatz hatte im Sommer 2011 eine große Kundgebung gegen die von der SPD-CDU-Mehrheit im Bezirksamt geplanten Kürzungen im Jugendbereich stattgefunden. Die kamen dann zwar nicht so drastisch, wie zunächst befürchtet, aber einigen Projekten, wie dem Feuerroten Spielmobil, ist es seither doch an den Kragen gegangen. Zwar hat

auch Neukölln in den letzten Jahren die Schulsozialarbeit durch Schulstationen ausgeweitet. Von einem gezielten Ausbau von Prävention und Beratungsangeboten, wie z.B. die Familienzentren in Friedrichshain-Kreuzberg, kann in Neukölln aber keine Rede sein – eher im Gegenteil: In Neukölln gibt es, nachdem Heinz Buschkowsky mehr als zehn Jahre Bürgermeister war, weniger Jugendarbeit als im Berliner Durchschnitt. Neukölln hat mit Abstand den niedrigsten Personalstand aller Berliner Bezirke. Während andere Bezirke weiter Personal einsparen müssen, könnte Neukölln sofort neue Sozialarbeiter_innen einstellen. Doch dafür gibt es angeblich kein Geld.

In Prestige-Bauprojekte fließen dagegen viele Millionen, neben dem Rathaus auch in den Gutshof Britz. Inklusive Sterne-Restaurant, Freilichtbühne und Kutschenstall hat der Bezirk in den vergangenen Jahren hier über 15 Millionen Euro investiert. Für die Herrichtung der Parks und Wege in der Umgebung sind im laufenden Haushaltsplan noch mal einige Millionen eingeplant. Geld, das an anderen Stellen naturgemäß fehlt.

Zunehmend fehlen auch geeignete Bewerber_innen für die im

Bezirksamt angebotenen Ausbildungsplätze. Ein Projekt, das junge Schulabgänger_innen mit Migrationshintergrund besonders auf die Aufnahmeprüfung vorbereiten sollte, wurde vor zwei Jahren vom Bezirk eingestellt. Einen Ersatz dafür gibt es bis heute nicht.

Auch an anderen Stellen tut Neukölln weit weniger, als möglich wäre. Ende 2011 erklärte sich der Berliner Senat bereit, Bezirken, die von einem Zuzug aus Bulgarien und Rumänien besonders betroffen sind, Mehrausgaben etwa für Beratung oder für Impfungen vollständig zu erstatten. Weil Neukölln aber auch in diesem Bereich vorsorglich gespart hatte, ging der Bezirk am Ende leer aus.

Anlässlich der Eröffnung der Roma-Wohnungen in der Harzer Straße schrieb der Tagesspiegel, der Anteil der Stadt an dem Projekt sei „bisher gleich null“ gewesen. Ohne Frage gibt es in Neukölln

unzählige Initiativen, Vereine und Engagierte, die sich für Bildung und Integration einsetzen. Auf die Unterstützung von Buschkowsky können sie dabei leider oft nur dann zählen, wenn es im Rampenlicht Erfolge zu feiern gilt.

Jochen Biedermann

Jochen Biedermann ist seit 2009 Bezirksverordneter und derzeit stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Bündnis 90/Die Grünen. Er ist Mitglied des Ausschusses für Bildung, Schule und Kultur, des Hauptausschusses und Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses.

Bericht aus dem Abgeordnetenhaus

Was schon vielfach durch die Presse gegangen ist, will ich hier nicht noch einmal berichten. Aber es kommt ja bei den Nachrichten – wie immer – auch auf den Blickwinkel an. Und da lässt sich aus meiner Grünen Neuköllner Sicht natürlich einiges ergänzen, was bisher nicht zu lesen war.

Da wäre zunächst das Tempelhofer Feld

Als der Zaun geöffnet wurde, haben wir auf einem Plakat für die Nutzung durch die Bürger_innen geworben: „Das Paradies ist geöffnet“. Wenn ich auf das Feld komme, habe ich ein Gefühl, als ob ich an den Strand käme – Ostsee-Feeling mitten in der Stadt. Aber es ist noch viel mehr: Mit den diversen temporären, behutsamen Nutzungen, z.B. den Gärten, ist das Feld auch zu einem Ort der Entwicklung neuer Urbanität geworden.

Wir fordern, die verbindlichen Bauleitpläne für die Bebauung des Tempelhofer Feldes ab sofort bis zum Ende des Volksbegehrens 100% Tempelhofer Feld bzw. des gegebenenfalls darauf folgenden Volksentscheides auszusetzen und bis dahin auch keine Baufelder an Dritte zu verkaufen. Außerdem soll nach der Veröffentlichung des Masterplans zum Tempelhofer Feld eine breite öffentliche Debatte und umfassende Bürger_innenbeteiligung zur Bebauung des Feldes durchgeführt werden.



Susanna Kahlefeld sitzt für die Neuköllner Grünen seit 2011 im Abgeordnetenhaus - Foto Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus

Wir wollen keine „Wowereit-Gedenk-Bibliothek“ auf dem Feld! Auch wenn uns im Kulturausschuss von den Vertreter_innen der Linken vorgeworfen wird, das „für die Berlinerinnen und Berliner wahrscheinlich wichtigste kulturpolitische Projekt der letzten und der kommenden Jahre zu torpedieren.“ Die bisherige Kostenschätzung für den Neubau der Zentral- und Landbibliothek (ZLB) beruht alleine auf einem Vergleich mit Bibliotheksneubauten in anderen europäischen Städten. Diese sollen so circa 270 Millionen Euro gekostet haben und das soll für Berlin auch reichen – seriöse Planung sieht anders aus.

Ein Konzept für die Nachnutzung des Flughafengebäudes gibt es auch noch nicht, obwohl dort jeden Monat 960.000 € für den bloßen Erhalt reingesteckt werden. Aber auch für die im Fall des Neubaus freiwerdenden Gebäude am Halleschen Tor und in der Breiten Straße gibt es bis jetzt keine sinnvollen Vorschläge: In

die Breite Straße soll nun die Stiftung Stadtmuseum kommen, die bisher in das Marinehaus einziehen sollte. Sämtliche Kosten für Planungen und Untersuchungen am Marinehaus sind damit aus dem Fenster geworfen und was mit diesem – nun angeblich – „maroden“ Hause geschehen soll, ist wieder offen.

Eine gute Nachricht gibt es immerhin, was die Wünsche der Sehitlik-Moschee nach einer Friedhofs-Erweiterung auf dem T-Feld angeht: Senator Müller ist mit dem Bezirk in einem Abstimmungsprozess, ob es nicht auch andere Flächen dafür in Neukölln gibt, die geeignet wären. Auf dem Picknick-Bereich möchte er derzeit keine Erweiterung. Es ist klug, hier eine Lösung zu suchen, die den Bedürfnissen der Toten und der Lebenden gleichermaßen gerecht wird.

Senat ohne Roma-Strategie

Im Juni 2012 hat die für Integration zuständige Senatorin Kolat eine so genannte „Roma-Strategie“ vorgelegt. Das ist ein Papier, in dem eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe in der Senatsverwaltung darstellt, wie sie mit der Zuwanderung von Roma nach Berlin umgehen wird.

Das zentrale Problem der Rechtsunsicherheit und das Geschäft mit den Schrott-Immobilien wird nicht einmal erwähnt: Was tut man, wenn man ein Haus besitzt, in dem niemand mehr wohnen kann, das aber auch nicht leer stehen soll? Man wirbt Roma an. Herr Marx, prominenter Vertreter der Aachener Wohnungsbau-Gesellschaft und Initiator des Projekts in der Harzer Straße, erklärt das Prinzip: Mit Versprechungen und gefälschten Gewerbescheinen holt man die Familien aus Rumänien und Bulgarien, sorgt dafür, dass sie hier gemeldet werden, Arbeit finden und ergänzende Sozialleistungen erhalten, damit die Miete gesichert ist. Beginnt die Sanierung des Hauses, kann man die Menschen vertreiben ohne eine Räumungsklage, die immer schwer zu erwirken ist. Menschen aus Bulgarien können die Vertreibung durch Angestellte einer Sicherheitsfirma nämlich meist nicht von einem Polizei-Einsatz unterscheiden. Sie stehen dann, obwohl sie gearbeitet und Miete gezahlt haben, auf der Straße, klopfen bei Herrn Marx an oder ziehen in den Park. Der Hausbesitzer hat bis dahin gut kassiert, die Polizei empfiehlt den Familien, wenigstens im Auto zu schlafen, die Kinder verlieren ihren Schulplatz, der Gewerbeschein des Vaters wird ungültig ohne Meldeadresse – und die These vom unsteten Leben der Roma ist mal wieder bestätigt.

Erzbischof Woelki hat bei der Einweihung des Hauses in der Harzer Straße klar gesagt, worum es hier geht, nämlich, „dass es unsere Stadt nicht zulassen kann, dass Vermieter und Spekulanten Menschen abzocken und mit Not Gewinn machen“, dass man sich „bei windigen Personen Kindergeldanträge mit teurem Geld erkaufen muss“, weil man nicht weiß, wo die legal zu bekommen sind und weil man an Korruption gewöhnt ist. Kein Wort davon im Papier des Senates. Dort wird nur über die angebliche „Unzugänglichkeit“ der Roma geklagt, die sich nicht helfen lassen wollen. Unzugänglich ist wohl eher die Senatsverwaltung, die zum Überarbeitungsprozess des Papiers viele, die sich vor Ort auskennen, gar nicht eingeladen hat. Ich

bin gespannt, was da jetzt rauskommt.

Wie weiter mit der Werkstatt der Kulturen?

Für Neukölln von Belang sind auch meine Kleinen Anfragen nach dem Konzept und den Problemen in der Werkstatt der Kulturen in der Wissmannstraße. Kreuzberg hat sein Ballhaus Naunynstraße und zieht damit die kulturbegeisterten Berliner_innen in den Bezirk. Wir haben die Werkstatt der Kulturen im Bezirk, aber die düm-



Der Eingangsbereich der Werkstatt der Kulturen in der Neuköllner Wissmannstraße - Foto: Susanne Lippert-Gulich

pelt seit Jahren vor sich hin. Und in Neukölln ist sie gar nicht mehr aktiv, seitdem die damals noch neue Leiterin, Frau Ebene, die Bewegten Welten im Rahmen der 48 Stunden Neukölln abgesagt hat. Veranstaltungen, bei denen die Kultur-Projekte das Haus für ihre Zwecke nutzen, sind auf 69 % zurückgegangen; noch dramatischer ist der Rückgang der Kooperationen zwischen der Werkstatt und anderen Veranstalter_innen auf nur noch 26 %. Die Werkstatt versucht offenbar, möglichst nur noch selbst zu produzieren, statt ihren Auftrag zu erfüllen und den Projekten und Initiativen der Stadt Raum und Unterstützung zu geben.

Wer die Werkstatt länger kennt, weiß, dass dort z.B. das Pongal-Fest der Tamilischen Gemeinde, die arabische Kulturwoche und die Unabhängigkeitsfeiern der Afrikanischen Nationen stattfanden: Wunderbare Feste mit Musik, Tanz, Reden und mit der klaren politischen Botschaft, dass wir Berliner_innen hier unsere Herkunftskulturen leben und gemeinsam weiterentwickeln. Die haben sich leider mittlerweile alle andere Räumlichkeiten gesucht – vielleicht auch, weil das Essen und Trinken im Ver-



anstaltungssaal strikt verboten ist und die Werkstatt keine richtige Werbung mehr für ihre Gäste macht. Wo früher Flyer und Plakate aus der ganzen Stadt zu finden waren, ist heute nichts mehr außer Werkstatt-Programmen. Wir haben einen Ort des Netzwerks und der postmigrantischen Kulturentwicklung verloren. Dem Senat ist das offenbar egal – deshalb fordern wir eine öffentliche Diskussion mit allen, die das Haus früher genutzt haben oder jetzt gerne nutzen würden.

Und schließlich: Unsere Mietenpolitik

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Zweckent-

fremdungsverbots von Wohnungen eingebracht. Mit der von uns vorgeschlagenen Regelung muss für jede Umnutzung von Wohnraum, sei es in eine Praxis oder eine Ferienwohnung, die nach dem 13. Juni 2002 erfolgte, eine Genehmigung beantragt werden. Ob eine Genehmigung erteilt wird, soll im Ermessen der zuständigen Bezirksämter liegen. Wenn ein berechtigtes öffentliches Interesse an der nachträglichen Genehmigung dargelegt werden kann, z.B. an einer Arztpraxis oder einer Beratungseinrichtung, dann kann sie erteilt werden. Es wird also im Einzelfall von den Bezirksämtern entschieden. Diese sind gesetzlich verpflichtet, angemessenen Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, zu schaffen und zu erhalten.

Mit unserem Gesetz soll in Berlin tatsächlich nicht gestattet werden, Wohnraum dem Zweck Wohnen zu entziehen. Jedoch verbietet es nicht, dass Eigentümer_innen ihre Wohnung temporär vermieten, wenn sie z.B. im Urlaub sind. Zwar wird die Nutzung von Wohnungen als Gewerberaum unter Genehmigungspflicht gestellt, d.h. die Vermieter_innen sind verpflichtet, einen Antrag auf Genehmigung zu stellen. Unser Entwurf sieht aber einen großen Ermessensspielraum für die Bezirke vor. Eine Zweckentfremdung liegt erst dann vor, wenn 50 Prozent und mehr einer Wohnfläche zu gewerblichen Zwecken genutzt werden. Die Existenzgrundlage freiberuflich Arbeitender bleibt so erhalten. Auch die besonderen schutzwürdigen Interessen von sozialen Projekten wie z.B. Betreuungseinrichtungen und Kitas werden berücksichtigt.

Es ist nicht akzeptabel, dass die CDU die Einführung eines Gesetzes zum Verbot der Zweckentfremdung blockiert. Dies war nicht nur im Koalitionsvertrag vereinbart, sondern bereits im Mai 2011 wurde der Senat vom Berliner Abgeordnetenhaus beauftragt, ein solches Gesetz zu erarbeiten. Bisher hat sich hier die SPD – wie in vielen Fragen – gegen ihren Koalitionspartner nicht durchgesetzt.

Susanna Kahlefeld

Wieso, weshalb, warum – Internationaler Frauentag 2013

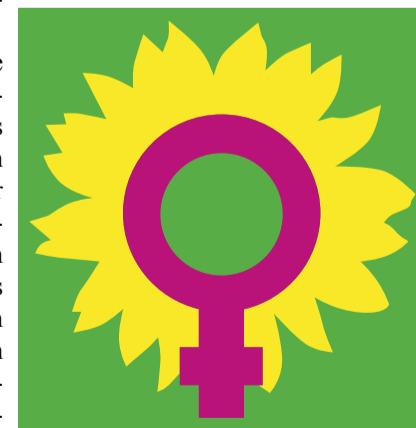
„Wozu braucht Ihr eigentlich noch einen extra Frauentag? Wir haben doch schon Gleichberechtigung.“ Solche und ähnliche Kommentare begegnen einem hierzulande häufig rund um den 8. März, dem Internationalen Frauentag, der weltweit begangen wird, in vielen Ländern sogar als gesetzlicher Feiertag. Entstanden ist der Frauentag vor über 100 Jahren aus dem Kampf für das Frauenwahlrecht, initiiert durch die deutsche Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Das Wahlrecht für Frauen gibt es mittlerweile bis auf wenige traurige Ausnahmen auf der ganzen Welt. Diese ursprüngliche Forderung wurde also nahezu erfüllt. Aber das heißt noch lange nicht, dass nun alles gut ist.

Während es in den meisten Industrieländern am Frauentag um die Themen Lohn(un)gerechtigkeit und Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen geht, kämpfen Frauen in anderen Ländern tagtäglich für viel grundlegendere Rechte: Sie werden wegen ihres Geschlechts regelmäßig

massiv diskriminiert und sind – vor allem in Konfliktregionen – sehr häufig auch sexueller Gewalt ausgesetzt. Gleichberechtigung nach unseren Maßstäben ist für diese Frauen noch ein sehr weit entferntes Ziel.

Stereotype und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts finden sich nach wie vor in allen Gesellschaften – auch in unserer. Dieses Denken kann auch nicht durch den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz (Art. 3, Abs. 2) so einfach abgeschafft werden. Wir halten es da mit Simone de Beauvoir: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen: Sie bekommen nichts.“ Und solange es in Sachen Gleichberechtigung noch so viele Baustellen gibt, werden

wir uns auch weiter für unsere Forderungen einsetzen – immer das eigentliche Ziel im Blick: eine Gesellschaft und Arbeitswelt, die ohne Quote auskommt, weil das Geschlecht keine



ne Rolle mehr spielt, nicht in Wirtschaft und Politik, nicht bei der Vergabe von Posten und Jobs, nicht mehr in den Köpfen. Doch davon sind wir noch weit entfernt. Auf dem Weg dahin brauchen wir die Quote und zwar sofort!

Übrigens, es gibt seit 1999 auch einen Internationalen Männertag. Er wird am 19. November begangen und zu seinen Zielen gehört ebenfalls die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Annette Heppel

Gleiche Rechte für Gleiche Liebe – und zwar sofort

Auf den Tag genau elf Jahre nach Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes beschließt das Bundesverfassungsgericht am 01. August 2012, dass die sexuelle Orientierung eines Paares kein sachlicher Rechtfertigungsgrund für Differenzierungen und Ungleichbehandlungen ist. Diskriminierungen der Lebenspartner_innen sind rückwirkend zum 01. August 2001 zu beseitigen - und zwar sofort! Damit ist das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) moderner eingestellt als Schwarz-Gelb.

Das ist in erster Linie eine schwere Klatsche für die Bundesregierung, die sich mit einigen partiellen Anpassungen in den letzten Jahren millimeterweise in die richtige Richtung bewegt hat. Aber das Urteil zeigt deutlich: Gleiche Rechte für Lesben und Schwule als Verfassungsgebot gelten für Bund und Länder uneingeschränkt. Wir sehen dies auch in Berlin mit Genugtuung, bestätigt das Gericht doch unsere Auffassung, dass eine Ungleichbehandlung von vornherein verfassungswidrig war. Wir sind deshalb gespannt, wie sich die rot-schwarze Koalition dazu verhalten wird. Eine Anpassung ist in vielen Bereichen auf landesgesetzlicher Ebene zwar bereits umfänglich erfolgt, allerdings mit unterschiedlichen Rückwirkungszeiten. Hier werden



Frauenpaar bei der Trauung in der Britzer Mühle. Foto: Jimmy Wang

wir die Entwicklung freundlich-kritisch begleiten und sind guter Hoffnung, dass sich die Berliner Koalition nicht so dumm anstellen wird.

Aber wie so oft spielt die Musik auf der Bundesebene, dort müssen in der nächsten Zeit die wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Da sieht es zur Zeit jedoch eher düster aus. Seit der Einführung der einge-

tragenen Lebenspartnerschaft hatte die schwarz-gelbe Mehrheit zunächst im Bundesrat und seit 2009 auch im Bundestag die von den Grünen geforderte einkommenssteuerrechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare blockiert. Dabei ist der Unterschied zwischen Worten und Taten besonders augenfällig und auch besonders peinlich.

Verfassungswidrigkeit der Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist unstrittig

Zum wiederholten Male hat sich die FDP verbal ganz weit aus dem Fenster gehängt und Versprechungen gemacht, genau wie die völlig überforderte Familienministerin Schröder, die so gerne mit den Schwulen feiert und versprochen hat, in ihrer Fraktion für mehr Gleichstellung zu werben. Ende Oktober 2012 war es dann mal wieder so weit. Die schwarz-gelbe Koalition lehnte unseren Gesetzentwurf zur verfassungsgemäßen Einkommenssteuer ab und entschied sich lieber dafür, weiter Menschen zweiter Klasse in ihrem Land zu haben.

Schon 2009 hat das BVerfG in einem Grundsatzentscheid geurteilt, dass die Diskriminierung von lesbischen und schwulen Paaren gegen die Verfassung verstößt. 2010 und schon zwei Mal im letzten Jahr hat es das erneut unterstrichen. Eine Ungleichbehandlung kann auch nicht damit begründet werden, dass in einer Ehe Kinder aufwachsen und

in Lebenspartnerschaften nicht. Denn in manchen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben sehr wohl Kinder, aber nicht in jeder Ehe. Es ist nicht einzusehen, warum die kinderlose Ehe von Angela Merkel besser gefördert werden sollte als die ebenso kinderlose eingetragene Lebenspartnerschaft von Guido Westerwelle. Zugleich werden aber die Kinder, die in lesbisch-schwulen Partnerschaften leben, vom geltenden Recht benachteiligt.

Nun bleibt uns noch die Hoffnung, dass der Bundesrat diesen krassen Fehler korrigiert. Das Jahressteuerrecht muss dieses Gremium noch passieren. Aber letztendlich hoffen wir, dass dies das letzte homophobe Jahressteuergesetz ist, dass von Schwarz-Gelb verabschiedet wurde. In ca. sieben Monaten werden die Bürger_innen entscheiden, ob sie weiter von diesen ewig gestrigen Konservativen und den rückgratlosen Liberalen regiert werden wollen.

Anja Kofbinger, MdA

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...mein Zuhause, meine Freunde und Familie“ Salim, 18 Jahre

UmFAIRteilen mit der Grünen Vermögensabgabe

Über 300 Milliarden mehr Schulden hat Deutschland seit 2007, weil Banken und die Konjunktur gerettet wurden. Mehr als 20 Milliarden kostete alleine die Rettung der Hypo Real Estate. Staatsschulden machen, um völlig verrückt gewordene Banken zu retten, ist selbst schon falsch. Vollends schizophoren ist es, Sozialleistungen und Bildungsinvestitionen zu kürzen, um diese Defizite auszugleichen. Doch genau das passiert, in den Bezirken, in Berlin, in ganz Europa: Um jede zusätzliche Lehrkraft muss gerungen werden, dringend nötige Schulsanierungen werden verschoben, auch für Kitaplätze fehlt das Geld, nicht nur weil die Bundesregierung stattdessen das absurde Betreuungsgeld zahlen will.

Noch ungerechter als diese Politik sind aber schon die bestehenden Verhältnisse. Rund zwei Drittel des gesamten Vermögens konzentrieren sich auf die reichsten 10% unserer Gesellschaft. Allein das reichste Tausendstel besitzt ein Nettovermögen

von über 1.600 Milliarden Euro, während über die Hälfte der Menschen in Deutschland – 40 Millionen – fast gar nichts besitzen. Wir verlieren den sozialen Frieden, wenn wir diese Entwicklung nicht aufhalten.

Die Vermögensabgabe muss her!

Wir kämpfen für eine Vermögensabgabe, damit die Krisenkosten auch von den Reichsten mit getragen werden, statt an der falschen Stelle zu sparen. Aktuell funktioniert das noch nicht. Es stimmt, dass das reichste Prozent der Bevölkerung etwa 25% der Einkommensteuern zahlt. Die Einkommensteuer macht aber nur ein Viertel aller Steuereinnahmen aus. Die Umsatzsteuer wird von uns allen gezahlt, genauso wie Mineralöl-, Strom- und alle anderen Verbrauchsteuern. Durch die Tabaksteuer werden mehr

Einnahmen erzielt als durch die Körperschaftsteuer. Es stimmt einfach nicht, dass nur Reiche den Steuertopf

füllen – wir alle tun das.

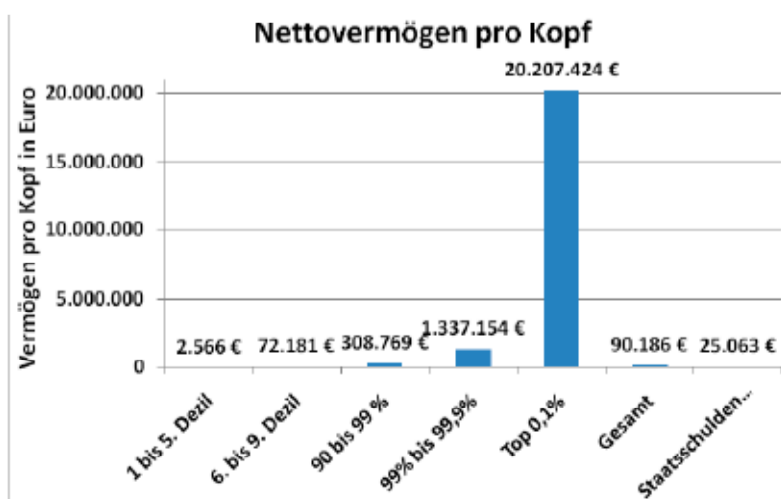
Die von uns vorgelegte Vermögensabgabe macht niemand arm und gefährdet keinen Arbeitsplatz. Bei 1,5% jährlicher Abgabenrate wird sich das belastete Nettovermögen am Ende der 10jährigen Laufzeit noch nicht einmal verringert haben. Unser Gutachten hat gezeigt, dass diejenigen mit sehr hohen Vermögen genügend Einnahmen haben, um die Abgabe aus laufenden Erträgen leisten zu können. Wir haben Freibeträge in Millionenhöhe vorgesehen, eine Million für Privatvermögen und fünf Millionen für Betriebsvermögen. Ausweichreaktionen und Steuertricks nutzen nichts. Das Grundgesetz erlaubt uns, die Abgabe auf den Stichtag 01. Januar 2013 zu erheben, so dass sich niemand entziehen kann.

Nur 0,6% der Bevölkerung wären betroffen

Die Abgabe soll nur die sehr hohen Vermögen belasten, die auch in den vergangenen Jahren am meisten von Rettungspaketen profitiert haben. Das betrifft maximal 0,6% der Bevölkerung. Treiben wir damit die „Leistungsträger_innen“ aus dem Land? Kaum, denn gerade Reichtum dieser Größenordnung wird in Deutschland viel mehr vererbt als erarbeitet. Das Deutsche Institut für



Lisa Paus (m.) gemeinsam mit der Kreuzberger Weinkönigin Claudia I. Von Kreuz-Neroburger (l.) und Hans-Christian Ströbele (r.)



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion

Wirtschaftsforschung (DIW) hat errechnet, dass wir mit unserem Vorschlag 100 Milliarden Euro erwarten können, die unsere Schuldenquote um 4% senken. Das spart langfristig Zinszahlungen von drei Milliarden Euro pro Jahr. Die Vermögensabgabe als einmalige Bundesabgabe zur Finanzierung der Krisenkosten steht nicht in Konkurrenz zur Vermögensteuer als Ländersteuer. Mit der Vermögensabgabe führen wir Mechanismen ein, die auch bei der Wiedereinführung der Vermögensteuer helfen. Während wir für die Vermögenssteuer auch eine Mehrheit im Bundesrat brauchen, genügt für die Abgabe die einfache Mehrheit im Bundestag.

Lisa Paus, MdB

Seit 2009 ist Lisa Paus die Finanzexpertin der Grünen Bundestagsfraktion. Sie ist Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss und Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort für die Themen Wirtschaft, Europa und Wissenschaft zuständig. Bei der Bundestagswahl im September tritt sie auf Platz drei der Grünen Landesliste und als Direktkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf an. Mehr zu Lisa und ihrer politischen Arbeit unter www.lisa-paus.de

Großer Bruder und große Schwester gesucht



Gemeinsam lassen sich auch große Herausforderungen leichter bewältigen.

Ursprünglich kommt die Idee eines Mentor_innenprogrammes aus den Vereinigten Staaten: 1914 wurde in New York das Big Brothers Big Sisters Programm ins Leben gerufen. Ziel war es, Jugendliche zu begleiten und zu unterstützen. Eine ähnliche Idee steckt hinter dem Mentorenprojekt Neukölln.

Ziel des Projektes ist es, Jugendlichen eine faire Chance für ihren Übergang von der Schule ins Berufsleben zu geben. Das Projekt stellt dabei jeder und jedem gewillten Jugendlichen eine ehrenamtliche Mentor_in zur Seite, die bzw. der sie oder ihn individuell unterstützt und idealerweise von der Schule bis in die Ausbildung begleitet. Das Projekt wurde 2006 von der Bürgerstiftung Neukölln ins Leben gerufen und hat bis heute schon über 100 Mentees vermittelt. Die Neuköllner Projekt-schulen sind neben der Kepler-Schule auch die Heinrich-Mann-Schule, die Hermann-von-Helmholtz-Schule sowie die Walter-Gropius-Schule. Ab 2013 kommt die Liebig-Schule hinzu. Die Mentees sind Schüler_innen der 9. und 10. Klasse und kommen von den Partnerschulen des Projektes.

Die sozialen und kulturellen Hintergründe der Jugendlichen sind äußerst verschieden, aber sie eint, dass sie alle selbst ein Interesse an dem Projekt haben müssen. Denn es basiert auf Freiwilligkeit. Die Mentor_innen arbeiten ehrenamtlich mit den Mentees und haben ganz unterschiedliche Lebensläufe: Von Lehrer_innen über Studierende bis zu Manager_innen. Genau wie Neukölln vielfältig ist, so ist auch das Mentorenprojekt Neukölln vielfältig. Mentor_in und Mentee treffen sich üblicherweise einmal die Woche und machen gemeinsam Hausaufgaben, bereiten sich auf

Prüfungen vor oder schreiben Bewerbungen. Nicht selten werden die Mentor_innen zu Vertrauenspersonen, die auch bei Problemen außerhalb der Schule helfen können.

Oftmals bekommen die teilnehmenden Jugendlichen nicht die Unterstützung von zu Hause, die sie wünschen. Die Mentorin oder der Mentor kann hier einspringen. Die Koordinatorin des Projekts, Ursula Rettinger, dazu:

„Das Engagement der Mentor_innen ist aus unterschiedlichen Gründen unendlich kostbar. Nicht nur, dass sich die Schulnoten und Berufseinstiegschancen der Schüler_innen verbessern, viele Jugendliche fühlen sich auch zum ersten Mal in ihrem Leben ernst genommen und willkommen heißen. Bei manchen Schüler_innen braucht es nur einen kleinen Anstoß, bei anderen wiederum viel Geduld und Toleranz. Frust und Freude liegen oft nahe bei einander. Am Ende überwiegt meist das Letztere, denn beide Seiten, Mentee und Mentor_in, können viel voneinander lernen. Als wunderbarer Nebeneffekt entsteht durch die vielen individuellen 1:1-Beziehungen in der Summe aller praktizierte Integration.“

Wer Interesse an dem Projekt hat, kann sich online (<http://www.mentorenprojekt-neukoelln.de>) oder unter 030/327 64 171 informieren. Wer das Projekt finanziell unterstützen will, findet auf dieser Seite auch das Spendenkonto.

Milena Oschmann

Neue und bekannte Gesichter bei den Grünen Neukölln

Nach zwei Jahren verließ uns aus beruflichen Gründen unsere bisherige Pressereferentin Milena Oschmann für eine Vollzeitstelle im Bundestag. Ihr Nachfolger ist der 27-jährige Dario Sarmadi. Der studierte Politik- und Europawissenschaftler hat schon vor und während seines Studiums als Journalist für mehrere Lokalzeitungen und TV-Sender gearbeitet. Auch bei den Grünen ist er kein Unbekannter, so hat er unter anderem im Europaparlament bei Jan Phillip Albrecht ein Praktikum absolviert. Darüber hinaus engagiert sich Dario Sarmadi bei Amnesty International. Im Oktober 2012 übernahm er die Pressearbeit der Grünen in Neukölln. „Ich möchte

gerne die Standpunkte der Grünen in Neukölln weiter in die Öffentlichkeit rücken und den Menschen in Neukölln Lust auf Grüne Themen machen“, so Sarmadi. Den Pressekontakt gibt es auf unserer Webseite.

Auch

im Grünen Vorstand gab es Veränderungen – auf unserer Jahresmitgliederversammlung Mitte Januar stand die turnusgemäße Neuwahl auf der Tagesordnung. Im Anschluss an das gemeinsame Frühstück zum gemütlichen Auftakt beschlossen wir zunächst eine neue Wahl- und Geschäftsordnung für unseren Kreisverband, anschließend begann unser parteiinterner Wahlmarathon. Nach der Vorlage des Rechenschaftsberichts und der einstimmigen Entlastung des alten Vorstands bedankten wir uns jedoch zunächst erst bei den beiden bisherigen Vorstandmitgliedern Susanne Lippert-Gulich und Cemal Inan, die beide nicht wieder zur Wahl antraten, für ihre bisherige Arbeit. Danach ging es an's Stimmzettel ausfüllen. Zu unserem neuen Vorstand gehören: Andreas Audretsch, Francisca Fackeldey, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Sofie Krotter und André Schulze, Vorstandssprecher_innen sind Francisca Fackeldey und André Schulze. Als Finanzverantwortlicher wiedergewählt wurde Axel von Zepelin, seine neue Stellvertreterin ist Karin Nadrowski. Wir gratulieren allen herzlich zur (Wieder-)Wahl und wünschen erfolgreiches Arbeiten!

Die Bundestagswahl 2013 rückt mit großen Schritten näher und auch wir Neuköllner Grünen sind schon mitten in den Vorbereitungen dafür: Unsere Mitgliederversammlung hat

sich eindeutig für unsere Abgeordnete Anja Kofbinger als Direktkandidatin für den Neuköllner Bundestagswahlkreis 82 ausgesprochen – ohne eine einzige Gegenstimme. Nachdem sie



Dario Sarmadi ist neuer Pressereferent der Neuköllner Grünen.

schon bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 mit ihrem gewonnenen Direktmandat dazu beitragen konnte, dass Neukölln von Norden her wieder ein Stück grüner wird, haben wir gemeinsam mit ihr jetzt den ganzen Bezirk im Auge. Wir gratulieren Anja ganz herzlich zur Wahl und freuen uns schon auf den gemeinsamen Wahlkampf mit ihr!

Mehr Infos zu Anja und ihrer Arbeit gibt es unter www.kofbinger.de

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...unglaublich günstiges und leckeres Essen, ein Kulturmix aus überwiegend Arabisch, Türkisch und Deutsch, Ort meiner Lieblingsbars und seit rund zwei Jahren mein Zuhause“
Ramona, 30 Jahre

Neukölln braucht mehr Miteinander

Seitdem das Buch „Neukölln ist überall“ von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky die Bestsellerliste der Sachbücher gestürmt hat, ist die Integrationsdebatte in Neukölln neu entbrannt. Lobgesänge wie Rassismuskritik zeigen, wie unterschiedlich die Thesen Buschkowskys aufgenommen wurden. Die Debatte macht deutlich, wie gespalten die Neuköllner innen sind. Wie wenig Dialog möglich ist und wie viel Verletzung, Überforderung, Enttäuschung, Frustration, Desillusionierung und Irritation vorhanden ist.

Mit seinem Buch setzt der Bezirksbürgermeister ein falsches Zeichen. Er malt schwarz, bedient alltagsrassistische Stammschparolen und spaltet, anstatt zu verbinden. Er treibt mit seinen diskriminierenden Thesen um kulturelle Verrohung, Bildungsferne und

Schmarotzertum einen Keil in die Neuköllner Gesellschaft.

Ohne Frage, es gibt schwerwiegende Probleme und Konfliktslagen in Neukölln. Diese will ich weder leugnen noch verklären. Was ich aber will, ist, dass diese Probleme nicht undifferenziert und diskriminierend ethnisiert werden. Ich will, dass die vielschichtigen dahinter liegenden sozialen Gründe in den Fokus rücken. Neukölln braucht mehr als einen Bürgermeister, von dem die Menschen den Eindruck gewonnen haben, dass ihm nicht alle Neuköllner_innen gleich am Herzen liegen und dass er einem romantisierten Neukölln nachtrauert, das es so nie gab. Neukölln braucht mehr Solidarität und mehr Miteinander.

Die politischen Akteur_innen Neuköllns müssen in diesen Zeiten mehr denn je für die Verständigung der Neuköllnerinnen und Neuköllner

untereinander eintreten. Sie müssen diejenigen unterstützen, die in Projekten, in den Kitas, Jugendzentren und Schulen, in den Kiezen und auf der Straße mühsam daran arbeiten, die sozialen Probleme zu reduzieren. Sie müssen sich dafür einsetzen, dass diskriminierende und Problemlagen reproduzierende Strukturen abgebaut werden.

Das Vertrauen der Neuköllner_innen, die sich mehr und mehr zurückziehen, die den Glauben in staatliche Institutionen und die Politik verloren haben, kann nur durch viel Zeit, Respekt, Akzeptanz und ehrliche Angebote für einen Dialog auf Augenhöhe zurück gewonnen werden. Die Menschen nicht fallen zu lassen, sondern sie an der Hand zu nehmen und ihnen zu signalisieren, wie bereichernd und wertvoll sie für Neukölln sind, ist unumgänglich.

Francisca Fackeldey

Buschkowsky ist nicht überall

Zum Buch von Heinz Buschkowsky ist eigentlich schon alles gesagt und geschrieben. Und wir in Neukölln brauchen ihn und seine Stänkereien auch gar nicht. Wir leben und arbeiten hier und machen unsere eigenen Erfahrungen. Von uns muss niemand das Buch kaufen. Zum einen sagt Heinz Buschkowsky sowieso nur, was er immer sagt. Sein Buch liest sich, als habe er ein Tonband abtippen lassen, so dass man immer den Originalton im Ohr hat. Zum anderen findet man das Neukölln der Neuköllner_innen dort sowieso nicht wieder:

Wer hier arbeitet oder sich engagiert und sein Integrationsprojekt sucht, muss das Buch nicht kaufen,

denn es werden nur die drei üblichen Projekte genannt: Mitmachzirkus, Stadtteilmütter, Rütli-Campus.

Wer vielleicht richtig viel macht und seinen eigenen Namen sucht: Es werden – ohnehin ohne Namen, aber leicht erkennbar wie in einem Schlüsselroman – wieder nur die gleichen Leute wiedergegeben und meist redet Buschkowsky nur über sich selbst.

Wer seine Schule sucht, findet sie nur wieder, wenn Buschkowsky sie schrecklich genug findet. Damit kommen die meisten nicht mehr in Frage.

Wer seine Kirche oder seinen Verein sucht – Fehlzanzeige! Kirchen gibt es wohl ebenso wenig in diesem Bezirk wie Sport- oder Kulturvereine: Sie alle tragen anscheinend nichts

zum Zusammenleben bei und sind kein Wort wert.

Wer sich gar in einem Quartier engagiert, wird sich auch nicht finden: Quartiersmanagement ist für Buschkowsky nur ein Hinweis auf die Verwüstungen durch die Multikultiträume. Dass dort seit Jahr und Tag von den Teams und den Anwohner_innen eine wirklich gute Arbeit gemacht wird, passt nicht das düstere Bild, das er von „seinem“ Bezirk malen will.

Die Kultur fehlt komplett. Vielleicht weil sie eine im wahrsten Sinn multikulturelle „Parallelwelt“ zu seinem Bezirksamt ist, zu der ihm der Zugang nie gelungen ist. Oder kann sich jemand Buschkowsky bei „Nacht und Nebel“ vorstellen? Oder hat er je

die Neuköllner Oper oder www.neukoellnimport.de besucht?

Wer das nur Buch liest, mit dem unser Bürgermeister seine Rente aufgebessert hat, und den Bezirk nicht aus eigener Anschauung kennt, könnte glauben, Neukölln bestehe aus dem kleinen Ausschnitt, über den sich Buschkowsky – leider von den immer gleichen Leuten – erzählen lässt.

Ein Bürgermeister, der nach über zehn Jahren die Situation in seinem Bezirk so beschreibt, wie er es tut, hat seine Arbeit einfach schlecht gemacht. Tatsächlich: die Liste der Projekte und Initiativen, die er dank seiner Verwaltungserfahrung und seiner Machtstellung als Herr über die

Ressourcen blockiert und kaputt gemacht hat, ist lang.

Aber das hat auch eine gute Seite: Wir können uns überall weiterhin frei bewegen, unsere Arbeit machen, in die Schulen und Werkstätten gehen, wir bauen, lehren, lernen, planen, wir verdienen unser Geld und stehen unsere Frau/unsere Mann in der Ausbildung und in den Firmen, wir arbeiten an unseren Netzwerken und organisieren das Zusammenleben – er war da nie, er kennt das nicht, wenn wir Glück haben, blockiert er uns nicht.

Liest man das Buch, so kann man sicher sein: Die Buschkowsky-freien Zonen in Neukölln sind riesig. Und das ist gut so.

Susanna Kahlefeld

Ist das Politische privat?

„Das Private ist politisch“ proklamierte die Frauenbewegung in den 1970er Jahren. 40 Jahre später ist es nun der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, der das Gegenteil für sich in Anspruch nimmt: das Politische sei privat.

Buschkowsky hat ein Buch über Neukölln geschrieben. Ein Buch, das kein gutes Licht auf seine Regierungszeit wirft – gibt es doch in ganz Berlin keinen Bürgermeister oder Stadtrat, der länger politische Verantwortung trägt als Buschkowsky. Das Buch handelt von seinen Erfahrungen als Bürgermeister – und wäre andernfalls wohl auch kaum in den Bestsellerlisten gelandet.

Als aber der Tagesspiegel wissen wollte, wie viele Mitarbeiter_innen des Bezirksamts an der Entstehung von „Neukölln ist überall“ beteiligt waren und ob sie die Tätigkeiten inner- oder außerhalb ihrer Arbeitszeit erbracht haben, lehnte das Bezirksamt die Auskunft ab. Der Tagesspiegel zog vor Gericht und gewann. Die erstrittene Auskunft verweigert das Bezirksamt allerdings weiterhin und hat Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht eingelegt. Buschkowsky hat mittlerweile eingeräumt, dass er Zuarbeit von Mitarbeiter_innen des Neuköllner Bezirksamts erhalten hat.

Zu Details äußern sich aber weder er noch das Bezirksamt. Das Buch sei seine Privatsache.

Für diese Pri-

vatsache hat Buschkowsky allerdings zweifelsfrei seinen privilegierten Zugang zu Informationen genutzt und nach Schätzungen über 300.000 Euro damit erlöst. Während die Berliner Nebentätigkeitsverordnung für die Nutzung von Einrichtungen und Verbrauch von Material pauschal 10% der Bruttovergütung ansetzt, hat Buschkowsky dem Bezirk nach eigenen Angaben rund 600 Euro für Miete und Büromaterialien bezahlt – also rund 50 mal weniger.

Die Angelegenheit ist zudem brisant, weil es eine Interessenkollision zwischen seiner Tätigkeit als Autor und der als Bezirksbürgermeister gegeben haben könnte, wo-

für etwa der Beamtenbund Anzeichen sieht. Es wäre zumindest denkbar, dass Buschkowsky Angestellten des Bezirksamts oder anderen von der Gunst des Bezirksamts Abhängigen ein Angebot gemacht hat, das diese de facto gar nicht ablehnen konnten, ohne Nachteile für sich befürchten zu müssen.

Zudem stellt sich die Frage, ob bei der Genehmigung der Nebentätigkeiten alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Nach dem Beamtenrecht müssen Nebentätigkeiten vom Dienstherrn genehmigt werden – Ausnahmen

gibt es zwar für schriftstellerische Tätigkeiten, nicht aber etwa für Recherche oder Korrekturlesen.

Inzwischen interessiert sich auch die Senatsverwaltung für den Fall. Diese wacht darüber, dass sich die Bezirke an die geltenden Gesetze halten. Kommt es zu Verstößen, können Disziplinarmaßnahmen bis zur Amtsenthebung verhängt werden. Auch hier ließ der Bezirk lediglich allgemein wissen, die gesetzlichen Vorschriften würden eingehalten. Jetzt hat die Senatsverwaltung dem Bezirk eine Frist gesetzt, um die Fragen zu beantworten.

Bisher haben weder die Presse, die Senatsverwaltung noch die Oppositionsfraktionen in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung auf ihre Fragen zufrieden stellende Antworten bekommen.

Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet und dem Bezirksamt vorgelegt. Parallel versuchen wir auch, durch Akten-einsicht Licht ins Dunkel zu bringen.

Während Buschkowsky das Politische zur Privatsache erklärt, zahlen die Kosten des Rechtsstreits – sollte das Oberverwaltungsgericht den Beschluss des Verwaltungsgerichts bestätigen – die Steuerzahler_innen.

Jochen Biedermann

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...Kultur pur, mit vielen Galerien und kreativen Menschen“
Fritz, 32 Jahre



Reinhold Steinle zählt zu den bekanntesten und beliebtesten Stadtführer_innen in Neukölln. - Foto: Christian Hoffmann

Neues aus Neubritz

Im Ausschuss für Grünflächen, Natur- und Umweltschutz im September 2012 trauten die Mitglieder ihren Ohren kaum, was sie dort hörten: Ein in der Neuköllnischen Allee befindlicher Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg, der von der Deutschen Reichsbahn für Rangierstrecken angelegt worden war, ist offenbar bereits in den 1990er Jahren vom Bund als ehemaliger Eigentümer an einen selbsternannten „Reichsbürger“ verkauft worden. „Reichsbürger“ sind eine Sekte aus Verschwörungstheoretikern, Esoterikern und Nazis, die in einen Zusammenhang mit den Brand- und Farbanschlägen sowie den Schweinsköpfen vor der Sehitlik-Moschee am Columbiadamm gebracht werden.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Ausbildungs- und Verwaltungsstelle des Internationalen Bundes betrieb der „Reichsbürger“ in übereinander gestapelten, ehemaligen Schiffscontainern ein umfangreiches Chemikalien- und Abfalllager mit pyrotechnischer Beladungsstation. Er verbrannte dort Altöl und sammelte auf dem Freigelände seit über zehn Jahren hochtoxisches, hochexplosives und sogar radioaktives Material. Nach Gerüchten, dass dort eine Bombe gebaut werde, wird das Gelände 2009 und im Januar 2012 vom Landeskriminalamt mit Hubschrauber und unbemannter Drohne überflogen. Doch erst als der „Reichsbürger“ einen „eigenständigen souveränen Staat“ deklariert und keine Steuern mehr zahlt, verschafft sich die Polizei am 25. April 2012 bei einer Razzia mit 40 Leuten Zugang zum verbarrikadierten Grundstück. Vorgefunden werden in dem „technischen Handel“

giftige Gase, Lösemittel, Altfarben, Spraydosen, Säuren, Chromate, Wasserstoffperoxide, Nickel-Cadmium, Akkumulatoren mit schadhafte Gehäuse, Quecksilber, radioaktive Abfälle sowie diverse unbekannte Stoffe. Selbst die Expertin des Entsorgers hat Schwierigkeiten, die Stoffe zu identifizieren. Da die Entsorgungskapazitäten aufgrund von Zuweisungen erschöpft waren, musste im Juli 2012 eine weitere Ersatzvornahme nach dem Abfall- und Wasserrecht durchgeführt werden. Allein für die Entsorgung hat den Bezirk 259.000 Euro bezahlt. Weil im Grundbuch bereits die Finanzbehörden eingetragen sind, dürfte der Bezirk auf den Kosten sitzen bleiben.

Während das Land Brandenburg dem „Reichsbürger“ in Elsterwerda sein Gewerbe kurzerhand gerichtlich untersagt, kann er in Neukölln die Verwaltung in jahrelangen Verwaltungsverfahren und Prozessen zum Narren halten. Und obwohl am Ende sogar Mitarbeiter_innen der Verwaltung bedroht werden, schaffen es in über zehn Jahren weder Bezirksbürgermeister Buschkowsky, der für Gewerbebetriebe zuständig ist, noch der bei Bebauungsplänen politisch mitverantwortliche Bezirksstadtrat Blesing, dem gefährlichen und kriminellen Treiben ein Ende zu setzen. Und obwohl die Frage nach der Rückverfolgung und Herkunft aus Apotheken und Universitäten noch vollkommen unklar ist, dankt die SPD im Ausschuss dem Stadtrat, weil er „alles im Griff“ habe und fügt kleinlaut hinzu: „Gott sei Dank ist das da nicht abgebrannt“.

Bertil Wewer

HERR STEINLE IST DER ERSTE INTERVIEWPARTNER IN EINER NEUEN REIHE:

Neuköllner_innen im Gespräch

Herr Steinle ist der erste Interviewpartner in einer neuen Reihe: „Neuköllner_innen im Gespräch“.

Reinhold Steinle ist gebürtiger Schwabe, Jahrgang 1958 und, wie er selbst sagt, gefühlter Berliner. Seit 1987 lebt er ununterbrochen in Berlin-Tempelhof. 2008 begann er mit regelmäßigen Stadteinführungen in Neukölln, und er ist bei Neukölln-TV aktiv. Er spricht den Kommissar Federstein (z. B. Zwei Leichen zum Schmaus) bei Berlixox, einem Neuköllner Hörbuch-Label. Herr Steinle ist überzeugt, dass das meist negative Image von Neukölln dringend verändert werden muss. Gemäß seinem Motto „Einer muss es ja tun“ hat er sich aufgemacht, das Ziel in die Tat umzusetzen. Das Interview mit Herrn Steinle führte Christian Hoffmann

Stachel: Lieber Herr Steinle, Sie engagieren sich auf vielen Ebenen sehr in Neukölln, was hat Sie bewogen nach Berlin – insbesondere Neukölln – zu kommen?
Reinhold Steinle: Da ist keine Idee oder gar ein Plan dahinter gewesen. Das hat sich einfach, im Nachhinein betrachtet, so ergeben. Was mir aber von Anfang an wichtig war, ist die positiven Seiten von Neukölln zu zeigen. Denn in Neukölln gibt es neben allen Problemen, die existieren, auch viel Liebenswertes und Schönes. Und das Schöne zu zeigen, macht mir persönlich einfach Spaß.

Stachel: Was ist für Sie das Besondere

an Neukölln?

Reinhold Steinle: Dass es nicht DAS Neukölln gibt. Neukölln hat ganz viele unterschiedliche Seiten, Ortsteile, Ecken, Menschen. Immer wieder gibt es etwas Neues zu entdecken. So ähnlich stelle ich mir auch New York vor. Da ist ja auch die Silbe „Neu“ drin.
Stachel: Was lieben Sie am Bezirk?
Reinhold Steinle: Ich muss mich auf das Wesentliche konzentrieren, sonst sprengt es wohl das Interview... Deshalb nur eine kleine Auswahl: Im Sommer in der Hasenschänke in der Hasenheide zu sitzen, einen Kaffee an der Karl-Marx-Straße oder auch auf der Terrasse des Café Selig trinken, die Konzerte im Körnerpark, das 48-Stunden-Neukölln-Festival, das internationale Strohballenrollen Popraci... auch wenn jetzt mancher den Kopf schüttelt, ich mag auch das Schnäppchencenter am Platz der Stadt Hof, dort habe ich schon viel Brauchbares gefunden. Keinesfalls vergessen werden dürfen meine Spaziergänge am Maybach- und Weigandufer entlang.
Stachel: Was gefällt Ihnen gar nicht?
Reinhold Steinle: Also wenn sich die Graffitis, der weggeworfene Müll und der Hundekot schlagartig um die Hälfte reduzieren ließen; mir würde der Rest genügen.

Stachel: Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung in Neukölln? Wie wird sich Neukölln in Zukunft verändern?
Reinhold Steinle: Zur ersten Frage: Ich bin erstaunt und nicht wenig ir-

ritiert. Zur zweiten Frage: Ich habe keine Ahnung. Ich hoffe aber, dass Neukölln bunt bleibt.

Stachel: Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringendste Probleme ansehen?

Reinhold Steinle: Die Mieterhöhungen in den Griff zu bekommen. Neukölln müssen sich Normalberliner_innen weiter leisten können. Mein letzter Satz ist so schräg wie wahr.

Stachel: Was meinen Sie damit?

Reinhold Steinle: Im historischen Rückblick klingt das sehr komisch, dass Neukölln unbezahlbar wird, schließlich sind hierher, vor nicht einmal 5 Jahren, die Menschen wegen der niedrigen Mieten gezogen.

Stachel: Gibt es etwas Wichtiges, das Sie noch sagen wollen?

Reinhold Steinle: Ich finde es toll, wie viele Menschen sich in Neukölln, für Neukölln und die Menschen, die dort leben engagieren.

Stachel: Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Reinhold Steinle: Ich würde das Projekt „120% Tempelhofer Feld“ ausrufen. Da man in der Demokratie kompromissbereit sein muss, würde ich in den erforderlichen Verhandlungen auf 20% verzichten. Der Rest bleibt dann, wie es jetzt ist. „Ein weites Feld“ für die vielfältig-kreative Betätigung.

Stachel: Lieber Herr Steinle, ich danke Ihnen für das Gespräch!

CERMNÁ: DAS ORIGINAL

Wo die Böhmen in Berlin-Neukölln herkommen



Neukölln früher: Der Glockenturm im historischen Böhmisches-Rixdorf. Zeichnung: Manfred Herrmann

Vor 275 Jahren entstand „Český Rixdorf“ bzw. Böhmisches Rixdorf, eine Keimzelle der späteren Großstadt Rixdorf bzw. Neukölln. Die Gründer_innen waren protestantische Glaubensflüchtlinge aus Ostböhmen, vor allem aus Čermná (deutsch: Böhmisches Rothwasser). Der Verein „Freunde Neuköllns“ nahm das Jubiläum zum Anlass, die 2004 erschienene Chronik des Herkunftsortes ins Deutsche zu übersetzen, zu überarbeiten und zu veröffentlichen.

Die Entwicklung des ostböhmerischen Dorfes Čermná im Kreis Lanskárou bzw. heute Ústí nad Orlicí spiegelt die wechselvolle Geschichte des Königreichs Böhmen und der Tschechischen Republik wider. Sie war geprägt von Auseinandersetzungen zwischen Adel und Bauern und Bäuerinnen, Katholik_innen und Protestant_innen, Deutschen und Tschech_innen, Bewohner_innen des oberen und unteren Gemeindeteils, Kommunist_innen und ihren Gegnern_innen.

Die Kirchenglocken riefen die Čermnáer zum Gottesdienst, ein eigener Fronlockenturm die Bauern und Bäuerinnen zur Fronarbeit auf den Feldern der Gutsbesitzer. Die Leibeigenschaft wurde erst 1781 abgeschafft.

Während durch die Reformation des Jan Hus und die Entstehung der Böhmisches Brüder im 15. Jahrhundert große Teile Böhmens protestantisch geworden waren, konnten die Evangelien nach der massiven katholischen Gegenreformation nur noch im Untergrund ihren Glauben leben. Etliche flüchteten nach Schlesien, Herrnhut in Sachsen oder eben Rixdorf in Preußen. Daneben führte wirtschaftliches Elend im 19. Jahrhundert zu großen Auswanderungsströmen in europäische Industriestädte und sogar nach Texas.

Das Verhältnis von Tschech_innen und Deutschen in der Gegend war geprägt vom Nebeneinander, fruchtbaren Miteinander und seit dem 19. Jahrhundert zunehmend von Nationalismus und Konflikten. Čermná war um 1300 von fränkischen Siedler_innen als „Rotenwasser“ gegründet worden; später lebten dort fast nur Tschech_innen. Während der

NS-Besatzung 1938-1945 wurden Widerstandskämpfer versteckt oder mit Lebensmitteln und Geld unterstützt. Vier Čermnáer wurden deshalb in Pardubice, Mauthausen und Berlin hingerichtet.

Die Chronik von Šárka Pavelková zeigt auch das reiche soziale und kulturelle Leben der Gemeinde. So entstand hier eines der ersten Waisenhäuser der österreichisch-ungarischen Monarchie, eine kommunale Sterbegeldversicherung und das Komenium, eine der Reformschulen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Der vielseitige Künstler und Surrealist Jindřich Štyrský verbrachte seine Kindheit hier.

Der romantische oder nationalpathetische Heimatbegriff in den Gedichten des Čermnáer Poeten František Šilar wird kontrastiert mit einem modernen des ehemaligen Präsidenten Václav Havel: „Die Auffassung von Heimat als einer abgeschlossenen Struktur birgt in sich die Gefahr, dass die Heimat eher als ein ungelüftetes Loch statt als Sprungbrett der menschlichen Entfaltung betrachtet wird, eher als eine Höhle, die den Menschen vor der Welt schützt, statt als Raum für seinen Kontakt mit ihr (...).“

In einem zusätzlichen Kapitel wird die Entwicklung Böhmisches Rixdorfs skizziert. Die sprachliche, religiöse und soziale Abschottung der böhmischen Einwanderer_innen von 1737 bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts wirkt radikaler als die heutiger sogenannter „Parallelgesellschaften“ von Migrant_innen.

Aufgrund der gemeinsamen Geschichte Rixdorfs und Čermná wurde 1989 die erste osteuropäische Städtepartnerschaft Neuköllns mit der Kreisstadt von Čermná, Ústí nad Orlicí begründet. Seitdem gibt es einen regen Austausch mit beiden tschechischen Kommunen. Die „Freunde Neuköllns“ bieten regelmäßig Reisen dorthin an.

Manfred Herrmann

700 Jahre Čermná. Geschichte eines ostböhmerischen Dorfes. Mit einem Anhang über das Böhmisches Dorf in Berlin-Neukölln. Hrsg.: Freunde Neuköllns e.V. Berlin, 2012, ca. 200 Seiten, div. Fotos und Karten, 9 € ISBN 978-3-00-038870-5 Erschienen im Dezember 2012, erhältlich im Buchhandel oder über www.freunde-neukoellns.de

„Feierabend ist ein Wort, das es in keiner anderen Sprache gibt“

Interview mit Norbert Kleemann zum Rixdorfer Strohhallenrollen Stachel: Im September 2012 fand das Strohhallenrollen am Richard-Platz statt. Das wievielte Rennen ist es eigentlich gewesen?

Norbert Kleemann: Also der Geschichte nach war es das 179ste. In der Neuzeit war es aber das fünfte Mal, dass die Künstlerkolonie Rixdorf das Rollen organisiert hat.

Welche Idee steckt hinter dem Rixdorfer Strohhallenrollen Popráci?

Unsere erste Idee war, wir wollen ein Dorffest in der Großstadt machen. Das dörfliche Leben hat auch positive Seiten. Zur Lebensqualität im Dorf gehört: Man kennt sich, man grüßt sich und man hilft sich. Wir wollen mit Popráci den sozialen Zusammenhalt stärken!

Unsere zweite Idee war, mit Strohhallen über die Straßen der Großstadt zu rollen. Wir wollen auf diese anschauliche Art das Leben auf dem Land und in der Stadt miteinander verbinden. Unsere dritte Idee war, etwas zur Vielschichtigkeit der Neuköllner Migrationsgeschichte zu machen. Böhmen und Tschechen leben hier seit 275 Jahren. Inzwischen sind viele andere Menschen aus aller Welt hierher gekommen.

Was bedeutet „Popráci“?

Popráci ist ein Kunstwort. Es ist in der Rixdorfer Künstlerkolonie entstanden. Tanja Dickert von der

Souvenirmanufaktur, Christoph Böhm aus der Galerie Bauchhund, Marion Wegner vom Komed e.V. und ich haben nach einem Namen für das Strohhallenrollen gesucht. Aber alle Namen, die das tschechische Wort für Stroh enthalten, können Deutsche ohne Knoten in der Zunge nicht aussprechen. Wir haben uns deshalb für „Popráci“ entschieden: „po“ heißt „nach“ und „práci“ Arbeit. Feierabend ist ein Wort, das es in keiner anderen Sprache gibt. Im Englischen wird es mit „after work“ umschrieben. Egal wo, in allen Kulturen ist der Feierabend allerdings positiv besetzt.

Vierzehn Tage vor dem Popráci am Richardplatz fand in Neuköllns Partnerstadt Usti nad Orlicí das Strohhallenrollen „Rolvani“ statt. Sicherlich kein Zufall, oder?

Unser erstes Rollen in Rixdorf 2008 wäre ohne die Fürsprache der Tschechischen Botschaft überhaupt nicht möglich gewesen. Alle Verantwortlichen in Neukölln waren unserer Idee gegenüber sehr skeptisch eingestellt und verhielten sich äußerst reserviert. Der damalige Kulturattaché der tschechischen Botschaft in Berlin, Herr Michal Buchacek, setzte sich jedoch sehr stark für uns ein. Ohne seine Unterstützung hätte es das erste Popráci in Neukölln nie gegeben. Die Veranstaltung ist in Tschechien so gut angekommen, dass sie 2009 in Usti

nad Orlicí unter dem Namen „Rolvani“ eingeführt wurde. Beim Rolvani in Usti nad Orlicí waren 2012 und zwei Jahre davor Neuköllner Mannschaften mit dabei. Allerdings nur mit sehr mäßigem Erfolg. Bisher galt für uns die Devise: Dabei sein ist alles!

Gibt es 2013 wieder ein Popráci in Neukölln?

Die Vorbereitungen für 2013 laufen bereits. Das Schwierigste sind immer die Finanzen. Organisationbüro ist die Kreative Gesellschaft Berlin. Das Festkomitee hat sich um Henriette Hupmann von Central Rixdorf erweitert. Wir erhalten die meiste Unterstützung durch Sachleistungen und ehrenamtliche Arbeit. Wir werden uns zudem beim Wettbewerb „Mitten drin in Berlin“ beteiligen. Unter dem Titel „Wunderlütche Rixdorf“ wollen wir hier alle zusammenbringen: Gewerbe, Handwerk, Selbständige, Anwälte, Ärzte und Hausverwaltungen. Höhepunkt wird dann das gemeinsame Fest: Popráci – das 180. Rixdorfer Strohhallenrollen am 14. September 2013.

Wird 2013 wieder ein Team aus Neukölln beim Rolvani in Usti nad Orlicí antreten?

Wir werden diesmal einen Aufruf starten, damit wir eine Supermannschaft mit sportlich richtig engagierten Rollern rüberschicken können!

Vielen Dank für das Gespräch.

Rixdorf: Von der Eiszeit bis heute

Rixdorf war schon immer Multi-kulti

Die Geschichte Rixdorfs ist geprägt von Migration, Flucht und Asyl. Es ist eine Geschichte zwischen prekären Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Blüte. Sie bietet Kunst, Kultur und einen interkulturellen Schmelztopf von Menschen aus allen Himmelsrichtungen. Heute punkten deren Nachfahr_innen und Zugezogene u.a. als Krimiautor_innen, Musiker_innen und Firmengründer_innen.

Hermann von Werberg, Hochmeister des Johanniterordens, und Dietrich von Sasar gelten als Gründer von Richardsdorf um 1360. Nach und nach entwickelt sich das Dorf mit Kirche (1375), Schmiede (1624) und Schule (1688). Zu den ca. 300 Bewohner_innen ziehen 1737 protestantische böhmische Flüchtlinge aus Ústí nad Orlicí, Böhmisches-Rixdorf entsteht. Erst 1874 werden die nun 8.000 Einwohner_innen in einem Ort vereinigt, der 1899 Stadtrecht erhält. Das Gebiet umfasst nun den Bereich nördlich der Ringbahn. Zur Gründerzeit boomte die Gemeinde: Die Ringbahn (1871) und die Vereinsbrauerei der Berliner Gastwirte (1872, später Kindl-Brauerei) entstehen. Die erste Zeitung erscheint

auf die Straße, 14 Menschen sterben durch Polizeikugeln, viele werden verletzt. 1932 leben fast 314.000 Menschen in Neukölln, Kommunist_innen und Sozialdemokrat_innen stellen in Neukölln 1933 mit 52,8% der Stimmen eine klare Mehrheit gegen die NSDAP (33,4%). Der Widerstand ist bis zum Ende des 2. Weltkriegs im Bezirk aktiv. Die Bilanz 1945: Tausende Neuköllner_innen wurden deportiert und ermordet, viele weitere verloren ihr Leben in den Straßen des Bezirks. 9% der Gebäude wurde vollständig zerstört, 12% schwer beschädigt.

Rixdorf heute

Das historische Rixdorf war nach dem Krieg überwiegend Arbeiterschlafstadt und auf Grund der niedrigen Mieten beliebtes Quartier für die zuziehenden Arbeitsmigrant_innen in den 70iger und 80iger Jahren. Außen-toiletten und Ofenheizung waren die Regel, nicht die Ausnahme. Eine Zerstörung des alten Rixdorf im Zuge der in den 70iger Jahren geplanten großflächigen Sanierungen im Neuköllner Norden konnte verhindert werden; historische Bausubstanz wurde rekonstruiert und unter Denkmalschutz gestellt. Heute stellt der Richardplatz ein berlinweit bedeutendes Kulturgut dar. Hier wird der historische Rixdorfer Weihnachtsmarkt genauso gefeiert wie die wiederentdeckte böhmische Tradition des Strohhallenrollens, auch bekannt als Popráci.

In den letzten Jahren wurde der Kiez durch den Zuzug von Kulturschaffenden aus vielen Teilen der Welt wiederbelebt. Galerien, Kunsthandwerk, Modeateliers und Kneipen prägen zunehmend das Gebiet. Bustouren quetschen sich heute durch die engen Straßen. Dieses bunte Treiben und die steigende Beliebtheit Nord-Neuköllns ließen die Mieten in den vergangenen Jahren kräftig steigen, was wiederum erste Fluchtintendenzen auslöst. Diesmal jedoch fort aus dem Kiez.

Christian Hoffmann



Rixdorf nach der Eiszeit

Die heutige Oberflächengestalt beruht in erster Linie auf den Wirkungen der letzten (Weichsel-) Vereisung. Das Gebiet um die heutige Karl-Marx-Straße liegt am Hangfuß des Übergangs der Teltower Platte zu einem Schmelzwassernebenabfluss des Warschau-Berliner-Urstromtals. An der Basis der Weichseldimente findet man häufig bis zu 170.000 Jahre alte Knochen von Wollnashörnern und Mammuts im sog. Rixdorfer Horizont. Auf den Hochflächen haben sich fruchtbare Böden entwickelt, im Tal lagen die ertragsschwachen Sandböden, auf denen Rixdorf errichtet wurde.

1929 gehen Neuköllner_innen gegen die erstarkenden Faschisten